

zufällig. Der Sieger aber wird dieses Zufallsergebnis als einen Maßstab für den Stärkegrad der unterlegenen Partei ausnutzen. Volksabstimmungen werden mit geringerem Recht die Rolle übernehmen, die ehemals die Nachwahlen spielten: den Beweis zu führen, ob eine Partei im Volke noch die Stärke hat, die sie im Parlament besitzt.

Eine dritte Gefahr ergibt sich aus der besonderen Ausgestaltung, welche der Volksentscheid gefunden hat. Auch bei einer Mehrheit von Fragen kann nämlich nur schlechthin für Ja oder Nein gestimmt, nicht etwa eine Frage unter der Bedingung bejaht werden, daß eine andere zunächst bejahte Frage nicht eine Mehrheit von Bejahungen findet: eine „Eventualabstimmung“ ist als zu verwickelt im Ausschluß abgelehnt worden. Dadurch wird es einigen Rechtshabern, vielleicht auch einigen Böswilligen möglich, das Ergebnis der Abstimmung zu fälschen. Nehmen wir an, die Abtreibungsfrage würde zur Abstimmung gebracht. Neben dem Vergehren, die Abtreibung innerhalb der ersten drei Monate von Strafe zu befreien, würde ein zweites radikaleres Vergehren dem Volksentscheid unterstellt, die Abtreibung bis unmittelbar an die Niederkunft heran straflos zu lassen. Dann würde es den Anhängern des weitergehenden Vergehrens unmöglich sein, für den Fall seiner Ablehnung dem möglichen ersten Antrage zuzustimmen und, auch wenn die Befürworter einer Milderung der Abtreibungsstrafe die Mehrheit besäßen, würden sie möglicherweise in der Minderheit bleiben, weil sich ihre Stimmen auf zwei Begehren zerplüßten.

Aber Volksbegehren und Volksentscheid heißen selber die Schäden, die sie unsern politischen Leben zunächst vielleicht zufügen können. Sie sind unschätzbare politische Erziehungs-mittel. Unmittelbar vor die höchste Aufgabe des Politikers gestellt, wächst der einzelne Volksgenosse mit seiner politischen Berufung auch an politischer Befähigung. Die unmittelbare Volksgesetzgebung wird für ein Volk genau das sein, was es nach Maßgabe seiner politischen Selbstzucht verdient.

Zur Einigungsfrage.

Zu dem sächsischen Landesparteitag, der vom 2.—4. Juli in Leipzig stattfindet, hatten die Chemnitzer Genossen einen Antrag gestellt, in dem es heißt:

Der Landesparteitag schlägt vor, von Partei zu Partei in unverbindliche Verhandlungen zu treten zwecks sofortiger Bildung einer politischen Arbeitsgemeinschaft mit dem klar-gestellten Ziel einer organisatorischen Wiedervereinigung. Der Kampf in der Presse und bei den Wahlen ist auf das äußerste einzuschränken.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schließt daraus, daß es in Leipzig „zu ersten Auseinandersetzungen zwischen der radikalen Chemnitzer und der Dresdener politischen Richtung“ kommen wird. Von einer „positiven Richtung“ in Dresden oder sonstwo in der Partei, die sich grundsätzlich gegen den Chemnitzer Antrag stellen könnte, ist uns nichts bekannt. Die sozialdemokratische Partei hat nie die Spaltung und immer die Einigung gewollt. Die Frage ist nur, wie man ein Ganzes schafft, das aktionsfähig ist, das sich nicht in innerem Streit verzehrt, sondern in geschlossenem Kampf für die Interessen des arbeitenden Volkes, für die Ideale der Demokratie und des Sozialismus das Höchstmögliche der möglichen Erfolge erzielt. Ueber diese tatsächliche Frage kann es wohl Meinungsverschiedenheiten geben, über das Ziel besteht kein Streit.

Erfolg sozialistischer Intervention.

Die beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen und Parteivorstände hatten von der letzten Regierung drähtlich den Ausschub der Vollstreckung des gegen den russischen Menschenfresser Abraham Braun gefällten Todesurteils wegen „bolschewistischer“ Agitation erbeten.

Nun hat die lettische Regierung geantwortet, daß Braun unter die Amnestie falle, seine Angelegenheit noch vom Obersten Kriegsgericht geprüft werde, von Todesstrafe aber keine Rede sei.

Grönländische Sitten und Sagen.

Der bekannte dänische Grönländforscher Knud Rasmussen, der übrigens von mütterlicher Seite selbst grönländisches Blut hat, veröffentlichte in einem ersten starken Bande Mythen und Sagen der Ostgrönländer. Die Veröffentlichung bildet ein außerordentlich interessantes und reichhaltiges Material zur Geistesverfassung und Vorstellungsweise dieser Primitiven und ergänzt die bisherigen Forschungen auf das dankenswerteste.

Sehr bezeichnend für ihre düstere und fatalistische Lebensanschauung, die durch die Schrecken der arktischen Natur, die lange Dunkelheit, die Einsamkeit in den unheimlichen Stürmen der weiten Unendlichkeit begründet erscheint, ist die Äußerung eines alten Ostgrönländers auf Rasmussens Fragen nach seiner Lebensanschauung:

„Ich weiß nichts; aber ununterbrochen stellt mich das Leben Kräften gegenüber, die stärker sind als ich selbst! Wir haben die Erfahrungen von Generationen dafür, daß es schwer ist zu leben und daß das Unabwendbare immer das Schicksal von Mann und Weib wird. — Deshalb glauben wir an das Böse. — Auf das Gute braucht man keine Rücksicht zu nehmen; denn es ist gut an sich und bedarf keiner Abkürzung! Das Böse dagegen, das auf uns lauert in dem großen Dunkel, uns durch Sturm und Unwetter bedroht und sich mit feuchten Nebeln bei uns einschleicht, muß von unsern Wegen ferngehalten werden.“

Diese düstere Weltanschauung scheint in einem gewissen Gegensatz zu stehen zu dem täglichen Leben an ihren Wohnplätzen, wo — nach Rasmussens Wort — ihr „schallendes Gelächter und ihre ganze unbefürchtete Sorglosigkeit so überwältigend auf uns wirken können, daß wir bisweilen Lust verspüren, ihnen Mangel an Ernst vorzuhalten.“ Aber wie der Eskimo zur Natur steht, so steht er im Grunde auch zu seinem Geschick. Er ist unsicher und misstrauisch. Von einer warmherzigen kindlichen Herzlichkeit sind Stöße wie die Geschichte von dem kleinen Waisenmädchen, dessen beständiges Lächeln ihm den Namen „die kleine Frohe“ verschafft hatte, obwohl ihr Pflegeeltern sie stets mißhandeln und die schließlich in ihrer Verzweiflung ihre Wohnplatzgefährten verrät. Zur Strafe wird sie gefangen und an einem Riemen hinter dem Schütteln zu Tode geschleift. Lange noch während der furchterlichen Fahrt beantwortet sie die bösen Fragen ihrer Feinde, ob sie auch wirklich noch immer froh sei, mit ihrem freundlichen: „Ja, wirklich, ich bin froh!“ Und das Lächeln verläßt sie nicht; aber allmählich kann sie ihre Fragen nur durch ein Nicken beantworten; schließlich bleibt auch diese stumme Antwort aus, aber der Schütteln hält nicht eher an, als bis sie längst zerstreut und tot ist. Und trotz der grauenhaften Einzelheiten der Erzählung schließt diese einfach: „So tötete man die kleine Frohe“, weil sie ihre Verwandten aufgestachelt hatte, alle ihre Hausgenossen auszureißen.“

Der Fall Müller-Brandenburg.

Ueber die Vorgänge in der thüringischen Landespolizei kam es am Freitag, wie den WPR aus Weimar mitgeteilt wird, im thüringischen Landtag zu einer gründlichen Aussprache. Anlässlich einer Interpellation der vereinigten Rechtsparteien, eines Antrages der Linksparteien und eines entsprechenden Antrages der Rechtsparteien auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, gab der Minister des Innern v. Brandenstein eine Schilderung der Vorgänge in der Landespolizei seit ihrer Errichtung, mit der auf Empfehlung der Reichsbehörden und des Staatsministeriums von Mecklenburg-Strelitz der dortige Major der Gendarmerie Müller-Brandenburg beauftragt worden war. Die ihm anvertraute Arbeit hat Müller-Brandenburg bis Anfang Dezember 1920 im allgemeinen gut durchgeführt. Während einer längeren Erkrankung Müller-Brandenburgs hat jedoch der damalige Adjutant Spangenberg gegen die strikte Anweisung des Reiches einer Anzahl Kommunisten die Möglichkeit zum Eintritt in die Landespolizei gegeben. Spangenberg wurde am 3. Februar seiner weiteren Dienstleistung in der Landespolizei enthoben. Müller-Brandenburg wurde die Befreiung der Landespolizei von ungeeigneten Beamten zur Pflicht gemacht. Dieser Pflicht kam er jedoch nicht nach. Ferner ergab sich, daß Müller-Brandenburg eigenmächtige Anordnungen in der Verwaltung der Landespolizei gegeben hatte. Es wurde ihm nun die Wahrnehmung aller verwaltungsmäßigen Maßnahmen entzogen und lediglich die Kommandogewalt belassen. Schließlich stellte sich heraus, daß Müller-Brandenburg der ihm gestellten Aufgabe nicht gewachsen war. Infolgedessen wurde vom thüringischen Ministerium des Innern seine Kündigung zum ersten zulässigen Termin (1. April 1921) in Erwägung gezogen und vereinbart. Der Aufstand in Mitteldeutschland verlangte jedoch, Müller-Brandenburg einstweilen noch an der Spitze der noch jungen Polizei zu lassen.

Dieser Schritt war richtig; denn die Thüringer Landespolizei befand sich durchaus in dieser schwierigen Situation. Vom Reichsministerium des Innern wurde ein Untersuchungsverfahren gegen Müller-Brandenburg und andere Mitglieder der Landespolizei gefordert und das Staatsministerium, das die Beurlaubung und die Enthebung von der Befehlsgewalt beauftragte, war damit einverstanden, daß das vom Reich gewünschte Untersuchungsverfahren eingeleitet wurde. Major Müller-Brandenburg willigte in die endgültige Aufkündigung seines Dienstverhältnisses ein. Das Staatsministerium ermächtigte den Minister des Innern, alle ungeeigneten Beamten der Landespolizei sofort zu entfernen. Eine Ausnahme machte man nur bei denjenigen Beamten, deren Entlassung eine Vereitelung oder Erschwerung der schwebenden Verfahren mit sich bringen mußte. Die Leitung der Landespolizei wurde dem Staatsrat Krüger übertragen. Das thüringische Ministerium des Innern hat alle Schritte unternommen, die zur Befestigung der aufgetretenen Mängel notwendig waren. Die rasche Erlebigung der Angelegenheit wurde leider durch verschiedene unbedachte Behauptungen der Rechtsparteien verzögert.

Nach der Aussprache im Thüringer Landtag erfolgte die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, in welche die Parteien ihrer Stärke entsprechend Vertreter entsenden werden.

Soweit der uns zugegangene Bericht. Die Erklärung des Ministers von Brandenstein ist keineswegs frei von Widersprüchen. Was zunächst die Maßnahmen des Leutnants Spangenberg während der Erkrankung Müller-Brandenburgs anbelangt, so kann Müller-Brandenburg um so weniger dafür verantwortlich gemacht werden, als ihm der Leutnant Spangenberg von der Regierung als Adjutant gegen seinen wiederholten Widerspruch aufgezwungen worden war. Die weitere Behauptung, daß Müller-Brandenburg seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen wäre, widerspricht nicht nur der Tatsache, daß man in Mecklenburg-Strelitz, wo er gleichfalls die Schutzpolizei aufbaute, durchaus mit ihm zufrieden war, sondern der Minister von Brandenstein strast sich auch selbst Lügen, indem er nachher erklärt, daß die Thüringer Landespolizei sich in den Aufschüben durchaus bewährt habe. Es mag sein, daß bei seiner ungemein schwierigen Aufgabe Müller-Brandenburg einzelne Fehler begangen hat. Wir wissen

aber, daß reaktionäre Offiziere und Kommandeure, denen viel Schlimmeres vorzuwerfen ist, mit der größten Hartnäckigkeit im Dienst gehalten werden. Wenn man Müller-Brandenburg vorwirft, daß er nicht den letzten Kommunisten aus seiner Truppe entfernt habe, warum unternimmt man dann nichts gegen all die Offiziere, die ihre Truppen mit Rechtspußhiften geradezu versetzt haben?!

Selbstschutz und Sozialdemokratie.

Dresden, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu dem angekündigten Verbot aller Selbstschutzorganisationen durch den Reichspräsidenten, welche erst durch die republikanische Breslauer Selbstschutzgründung provoziert werden mußte, schreibt unser Breslauer Parteiblatt: „Es ist uns nichts Neues, daß vieles den Justizbehörden der Republik erst auffällt, wenn nicht mehr nur Monarchisten, sondern auch Republikaner es tun. (Was auch wir bereits festgestellt. Red. d. B.) Die Hauptsache ist, daß die neue Verordnung jetzt auch ernsthaft durchgeführt wird, was den zuständigen Beamten nicht überall von Herzen gehen wird, was aber die Arbeiterschaft wirksam unterstützen kann und unterstützen wird.“

Münchener Kommunistenkomödie.

München, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu einer immer lächerlicheren Komödie wächst sich der Kommunistenprozeß in München aus; lächerlich für diejenigen, die ihn mit großem Eifer in Szene gesetzt haben, und lächerlich für die Münchener Kommunistische Partei, welche ihre völlige Unreife und Unfähigkeit, Führerin der Arbeiterschaft zu sein, dargelegt hat. Nahezu ein ganzer Tag wurde vom Gericht dazu verwendet, aus einem der „Verschwörer“ herauszubringen, was ihn veranlaßt habe, die Namen von 4 Genossen, die er als „Sprengkommando“ bezeichnete, aus freien Stücken anzugeben. Schließlich war man gezwungen, die Verhandlung wegen der außerordentlichen Verwirrung abzubrechen, die durch diese Aussagen herbeigeführt wurden, um den Befragten eine Nacht über seine Angaben nachdenken zu lassen. Vielleicht nimmt der Psychiater dem Gericht die schwierige Entscheidung über die Strafbarkeit der beabsichtigten Greuelthaten ab!

Der gestrige Verhandlungstag hat nichts Wesentliches zutage gefördert, außer unsinnige Verabredungen der „Verschworenen“. Charakteristisch für die Geistesverfassung der Münchener KPD. und ihrer Führer ist die Aussage eines der führenden Leute: „Es tut mir leid um die Partei, daß wir hier so ein Affentheater aufführen müssen. Die Berliner Zentrale betrachtet uns sowieso als verlorenes Band.“ Wenn es bereits so weit ist, daß die eigenen Führer der Partei die Pläne ins Korn werfen, so kann die gesundende Arbeiterschaft selbst ihre Schlüsse daraus ziehen.

Die Ursache des Herner Grubenunglücks.

Herne, 25. Juni. (U.) Wie neuerdings verlautet, ist die Ursache der Explosion ein Schuß, der verbotswidrig abgegeben wurde. Die beiden Schiefermeister waren zur Zeit der Explosion nicht am Explosionsherd. Man hat dort aber (während die Belegschaft im allgemeinen mit elektrischen Lampen ausgerüstet ist) eine Wetterlampe gefunden, die nur Schlephauer besitzen. Während sonst nur mit Sprengstoff geschossen wird, wobei keine Flamme entsteht, will ein Zeiger in einem Nachbargrube einen Knall gehört haben wie von einer Dynamitpatrone. Trifft das zu, dann wäre das Unglück nur durch unvorsichtiges und verbotswidriges Handeln entstanden. Die Untersuchung vermochte bisher im Akte des Seigers Volkmann, in dem die Explosion geschah, keine Schlagwetter nachzuweisen, obwohl schon hier tagelang keine Wetterzuführung mehr erfolgte.

Ritter von Schleierbach-Gaden. Hocherfreut meldet der „Lokal-Anzeiger“, daß zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges der Herrenmeister des Johanniter-Ordens „Brigade-Friedrich von Preußen“ die Erteilung des Ritterkreuzes und die Investitur der neuen Rittersitter dieses Ordens vollzogen hat. — Heil!

General Gounaud, der französische Oberbefehlshaber in Syrien, ist am See Libanus einem Reiterangriff entgangen.

dann soll daselbst Geseh die Schlächter zwingen, beim Töten der Tiere Werkzeuge zu verwenden, durch die der Tod möglichst schmerzlos herbeigeführt wird, und im Zusammenhang damit ist eine Reform der Schlachthäuser in Aussicht genommen.

Schade, daß man sich während des Krieges des „Menschen-schuhes“ nicht mit derselben Sorgfalt angenommen hat, die man jetzt dem Tiereschuh angedeihen läßt! Die qualvolle Art, mit der Menschen durch giftige Gase und brennendes Öl zu Tode gemartert wurden, hat das Humanitätsempfinden der „Kulturnationen“ damals nicht sonderlich bewegt.

Eleanora Duse im Keller. Einem Sonderberichterstatter des Pariser „Greffier“ in Turin, hat die berühmte italienische Schauspielerin Mitteilung über ihre Zukunftspläne gemacht. Sie betonte, daß nur die furchtbare Tragödie des Weltkrieges imstande gewesen sei, sie der Einsamkeit zu entreißen, in der sie ihre Tage zu beschließen gedacht hatte. Angesichts dieses unermesslichen Elends habe sie aber dem Verlangen, sich wieder zu betätigen, nicht widerstehen können. „Ich will mein Theater haben“, erklärte sie, „und ich werde es haben. Ich werde hier die Werke der jungen Dichter aller Länder, die mir der Aufführung würdig erscheinen, der Bühne gewinnen. Aber ich werde meine Kräfte nicht an unfruchtbaren Inzinerungsversuchen vergeuben. Ich will vielmehr in einem kleinen Saal mit weißgetünchten Wänden und auf einer ganz einfachen Bühne spielen. Und wenn nicht anders geht, werde ich mich unter die Erde in einen Keller flüchten, wie es die ersten Christen taten.“

Vermutlich wird die Duse es nicht nötig haben, sich in Keller zu flüchten, sondern es werden ihr auf Wunsch alle Theateräume Europas offen stehen, sowohl die kleinen mit weißgetünchten Wänden, als auch die elegantesten und größten, und wenn nicht sie selber, so wird sicher ihr Impresario dafür sorgen, daß die Wahl auf die letzteren fällt.

Ein klagernder Wohlthäter der Menschheit. Seit dreißig Jahren prozessiert der französische Chemiker Turpin, der Erfinder des Sprengstoffes Melinit und anderer nützlicher Dinge, die im Weltkrieg zur Anwendung kamen, gegen die Regierung seines dankbaren Vaterlandes, das ihn seiner Meinung nach nicht nach Gebühr belohnt und bezahlt hat. 100 000 Fr., die er 1912 vom französischen Staat erhielt und eine lebenslängliche Rente von 25 000 Fr. erscheinen ihm nicht als genügendes Entgelt für seine Leistungen zum Wohle der Menschheit. Er hat jetzt eine neue Klage eingereicht.

Arania-Porträts. Sonntag, Montag und Freitag: „Die Insel Arania“. Mittwoch: „An den Bergen Titols“. Donnerstag: „Der Harg“. Sonnabend: „Von der Zugbrücke zum Bagmann“. Dienstag Freitag: „Die schöne deutsche Stadt“.

Handbuch der Staatsbürgerkunde für Schulen. Für die Beschaffung eines solchen Handbuchs sind von primärer Stelle zwei Preise von 9000 und 6000 M. ausgesetzt worden. Weitere Auskunft erteilt Dr. Lohmann in Berlin-Griedenau, Gröndstraße 31—32.

An der Galerie Müller. Potsdamer Straße 134c, sind graphische Arbeiten von Ernst Barlach, Theodor Reininger, Gertsen, Erich Dodel, E. L. Richter, Oskar Kretschmer, Otto Ruckler, Emil Nolde, Max Beckstein, Schmidt-Rottluff und Richard Seewald neu ausgestellt.

Fünfzehn Jahre Freibäder.

Die zahlreichen Unglücksfälle kommen auf das Konto der sogenannten wilden Bäder, die sich gewöhnlich neben den Freibädern angliedern. Gegen diese wilden Bäder müßten die Behörden endlich einschreiten, viel Unglücksfälle würden dadurch vermieden werden. Dem alten Freibadoater Frankenthal in Wannsee wollen die Berliner Stammgäste am Sonnabend zu seinem 60. Geburtstag einen Fackelaug bringen.

Zu den Beschwerden über das Einschreiten von Polizeibeamten gegen Badende wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Polizeibehörde nach dem Allgemeinen Landrecht nicht etwa nur berechtigt, sondern vielmehr verpflichtet ist, die nötigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu treffen und das Publikum vor Gefahren zu schützen. Es ist geplant, weitere geeignete Anordnungen so schnell wie möglich zu erlassen und freizugehen. Razzien, wie sie bisher zeitweise vorgenommen wurden, sollen nicht mehr veranlaßt werden in der Hoffnung, daß das badende Publikum Auswüchsen selbst entgegentritt und solche Badenden nicht unter sich duldet, die durch ein unständiges Verhalten das gesunde Körperbad im Freien beeinträchtigen.

Der Haushaltsausschuss der Stadtordnungsversammlung setzte gestern unter dem Vorsitz des Stadts. Dr. Kitchner seine Beratungen über die Vorschläge der Bezirksverwaltungen fort. Es wurde, wie eine Korrespondenz erfährt, von allen Seiten des Ausschusses zugegeben, daß die Bezirke infolge der vom Magistrat vorgenommenen starken Streichungen zu Haushaltsüberschreitungen gezwungen sein würden und daß ihnen hierfür Erleichterungen gegeben werden müßten.

Im Zusammenhang mit dieser Aussprache, in die der Stadtkämmerer Dr. Rarding wiederholt eingriff, kam es im zweiten Teil der Beratungen zu einer lebhaften Aussprache über das Gleichgewicht des ganzen Haushaltsplanes. Von kommunistischer Seite wurde der Haushaltsplan abgelehnt; je eher dieses kapitalistische System zusammenbräche, desto besser. Die Redner der Unabhängigen Fraktion erklärten sich zwar bereit, an der rechtzeitigen Fertigstellung des Etats mitzuarbeiten, erklärten aber den vom Magistrat betretenen Weg der Erhöhung des Schulgeldes und der Ges- und Stromtarife für ungangbar, ohne aber andere Einnahmen als Ersatz dafür in Vorschlag zu bringen. Die Sozialdemokratische Fraktion ließ erklären, daß sie dem Haushaltsplan und, wenn auch mit schwerem Herzen, den vorgeschlagenen Erhöhungen zustimmen werde. Angesichts der Darlegungen der äußersten Linken erklärte der Vertreter der Demokratischen Fraktion, daß die bürgerlichen Stadtverordneten als Rinderheim nicht die Verantwortung für einen Etat übernehmen könnten, den eine Partei der Mehrheit gänzlich ablehne und den eine andere Partei nicht ins Gleichgewicht bringen wolle. Unter diesen Umständen müßte auch die bürgerliche Minorität den Haushaltsplan ablehnen; die Folge wäre unter Umständen die völlige Abhängigkeit des Etats und die — Auflösung der Stadtverordnetenversammlung. Von Seiten der Deutschen Volkspartei wurde dies unterstrichen und betont, die bürgerliche Rinderheim sei bereit, den Haushaltsplan zu balancieren unter der Voraussetzung, daß dies Gleichgewicht des Etats auch bis zum 31. März 1922 unter allen Umständen erhalten und seine Ausgabe ohne gleichzeitige Deduktion beschloffen werde.

Von der Sozialdemokratischen Fraktion wurde betont, daß man den bürgerlichen Fraktionen die Verantwortung für derartige Entschlüsse überlassen müßte; die SPD-Fraktion sei aber bereit, bei etwaigen Nachträgen und Nachforderungen auch gleichzeitig für die Deckung zu sorgen. Seitens der Kommunistischen und der Unabhängigen Fraktion wurde eine Bindung im Sinne der bürgerlichen Fraktionen abgelehnt. — Die weiteren Verhandlungen wurden auf heute vormittag vertagt und nur noch beschlossen, an die Stadtvorordnetenversammlung das Ersuchen zu richten, einen ständigen Haushaltsausschuß einzusetzen.

Beginn des ersten Gemeindefürsorgetages.

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden und der Kerkzelschaft trat heute früh im Hörsaal der Charité der erste deutsche Gemeindefürsorgetag zusammen. In einer Eröffnungsansprache gab Stadtmedizinalrat Geh. San.-Rat Dr. Kadnow der Genugthuung Ausdruck, daß die Behörden den Arbeiten dieser neuen Tagung so großes Interesse entgegenbringen. Er wandte sich gegen die Stellungnahme des deutschen Städtetages, die nur auf einem Mißverständnis beruhen könne. Es sei nicht beabsichtigt, einen neuen Kongreß zu schaffen, der den Städten neue Ausgaben mache. Die Tagung soll im Anschluß an den Verein für öffentliche Gesundheitspflege zusammenzutreten. Die Vorlage eines Jugendwohlfahrtsgesetzes werde vom Reichstag in nächster Zeit verabschiedet werden. Bei der Wichtigkeit dieser Vorlage, von der das Wohl und Wehe der Jugend, also der Zukunft des Volkes abhängt, glaubten die sachverständigen Kreise der Kerkzelschaft dazu Stellung nehmen zu müssen, da die Vorlage bei aller Anerkennung des guten Willens einige Punkte enthalte, die mir als Sachverständige für bedenklich halten müssen.

Es wurde dann in die Tagesordnung eingetragen. Zunächst sprach Prof. Dr. Grotjahn-Berlin über die Zusammenfassung des öffentlichen Gesundheitswesens. Er kam zu der Forderung, daß dem bestehenden Zustand auf gesetzlicher Grundlage durch Schaffung von allgemeinen Gesundheitsämtern abgeholfen werden müsse, von denen auch die Gesundheitspflege für alle Altersklassen selbständig zu regeln und zu überwachen zu veranlassen ist. Ueber die Aufgaben des Gesundheitsamtes sprach Professor Dr. Krautwig-Köln. In kleineren Städten und Kreisen könne für die Leitung des Gesundheitsamtes in erster Linie der Kreisarzt

Verkehrsskizze im Straßenbild.

Der Magistrat beabsichtigt, dem Beispiel anderer Städte folgend, Straßen und Plätze Berlins mehr als bisher für Werbezwecke mehreren Gesellschaften zur Verfügung zu stellen. Eigenbewirtschaftung durch die Stadt kommt nach Ansicht des Ausschusses der von der Stadt gegründeten Berliner Anschlag- und Kellamereien G. m. b. H. nicht in Frage. Es kommt in Betracht die Aufstellung von Kausionsautomaten sowie von Verkehrswartplänen, die Anbringung von Kellameschildern an den Straßenschilderposten und den Trägern der öffentlichen Straßenbeleuchtung und zwar lebhaft für Dauerellame. In allen Verträgen ist ferner neben einer festen jährlichen, in vierteljährlichen Raten im voraus zu zahlen Miete noch eine Gewinnbeteiligung der Stadt vorgesehen. Der Magistrat hofft, eine Einnahme im ersten Jahre von ca. 8½ Millionen Mark zu erzielen.

Seit einiger Zeit treffen die Beamten der Schuppolizei bei ihren Streifen vielfach Kinder an, die die städtischen Rettungsboote als Spielplätze benutzen. Häufig kommt es dabei vor, daß Kinder insolge Schaufelns des Bootes, hinauslehnen über den Rand des Rahmes oder durch einen Fehltritt ins Wasser stürzen und elendiglich ertrinken, da Hilfe meist nicht in der Nähe ist und die anderen Kinder, ohne jemand etwas zu sagen, einfach davonlaufen. Auf diese Weise erkrankt erst gestern wieder der neunjährige Schüler Berner Goebel aus Charlottenburg. Er stürzte beim Spielen auf einem Rettungsboot zwischen der Königin-Luise-Strasse und der Schloßbrücke in den Sandwehrtanal und ertrank, da Hilfe nicht zu erreichen war. Den Eltern wird dringend empfohlen, ihren Kindern das Spielen in den Rettungsbooten energisch und unter Androhung von Strafe zu verbieten.

In der Notwehr erschossen hat in der vergangenen Nacht der Restaurateur Orzejskowi in der Remeter Straße 70/71 einen 35 Jahre alten Kraftwagenführer Paul Rietenbach aus der Strausberger Straße 7a. Rietenbach besuchte die Wirtschaft noch gegen 12 Uhr und versuchte später noch einmal mit Gewalt einzudringen, wobei er auf den Wirt seinen Hund hetzte. In seiner Bedrängnis gab der Wirt einen Schreckschuss ab. Die Wirkung war nun die, daß Rietenbach ihn tödlich angriff. Jetzt schoß der Wirt auf ihn und verletzte ihn durch 3 Schüsse so schwer, daß er tot zusammenbrach. Augenzeugen des Voralles begaben sich mit dem Wirt nach der zuständigen Revierwache, um den Tatbestand mitzuteilen. Orzejskowi wurde sofort wieder entlassen. Die Leiche des Erschossenen wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schaulaie gebracht.

Einstein am Rednerpult in Berlin. Im Montagabend 150 Uhr findet im Blüthner-Saal, Bülowstr. 76, eine öffentliche Versammlung „Der Ruf aus Palästina als Aufgabe der Judenheit“ statt, die von einer Anzahl jüdischer Organisationen einberufen ist. Redner des Abends sind Prof. Albert Einstein, der über seine Amerikareise berichtet wird, ferner Dr. Appel, Rabbiner Nabel, Frankfurt a. M. und Kurt Blumenfeld. Kartenverkauf im Blüthner-Saal, Montag vormittags 9-1, nachmittags 3-5½ Uhr.

Göthenbüchse für die Hohenzollern. Eine Berliner Papier-
marenfabrik erläßt an ihre Kunden folgendes Rundschreiben: „Durch
viele Anfragen veranlaßt, habe ich mich entschlossen, patrio-
tische Karten, also alle Aufnahmen, die von dem Hohen-
zollernhause erscheinen, als Spezialität zu führen.“ — Es
ist ganz gut, daß auf diese Weise einmal festgestellt wird, daß der
vielerühmte deutsche Patriotismus offenbar nicht das
geringste mit Vaterlandsliebe und Liebe zu dem eigenen
Volk zu tun hat, sondern gleichbedeutend ist mit Göthenbüchse für
die Hohenzollern. Man wird sich das merken müssen.

Die Linie 20 (Spandau, Hauptbahnhof—Stadtpark—Johannisstift) und P (Reutbahn—Hafenfelde), die bisher in Spandau in der Richtung nach dem Hafenplatz durch die Breite- und Havelstraße, jetzt über Potsdamer Straße und Markt verkehren, werden vom 1. Juli d. J. in beiden Richtungen über Markt und Potsdamer Straße geführt.

Ein großes Augenmerk im Eichtenberger Stablon, an dem 4000 Schüler und Schülerinnen des 17. Vermoaltungsbezirks (Eichtenberg) aus den Ortsteilen Eichtenberg, Friedrichsriede-Karlshort, Rabshort, Kaulshort, Biesdorf, teilnehmen, wird vom Eichtenberger Ausschuss für Kunst- und Volkserziehung des Bezirks am Freitag, 1. Juli, nachmittags 5½ Uhr, veranstaltet. Gesangsaufführungen, Vorträge und turnerische Vorführungen bilden das Programm. Die begleitende Musik wird vom Deutschen Konföderal-Orchester ausgeführt, das auch während der Pausen sonoriert. Karten zu 2.— M. für Erwachsene und 1.— M. für Kinder sind u. a. in der nächst Schulaufstellung, Eichtenberg, Rathaus, Straße 10, Parade 2, in sämtlichen Schulen des Vermoaltungsbezirks 17 sowie in den Amtsstellen Biesdorf, Rabshort und Kaulshort zu haben.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Elternräte des 12. Verwaltungsbezirks. Die für morgen (Sonntag) angekündigte Beschäftigung der Gartenarbeitsschule in Neustadt findet nicht morgen, sondern am 8. Juli zur gleichen Zeit statt. Treffpunkt Bahnhof Südende 9 Uhr.

From 26. June till 3. July.

Kollathaus 26. u. 29. Der Bauer als Millionär. 27. u. 28. Die lange
Jule. 28. Kollenfins Tod. 25. 1. Der Rollenbürger. — Opernhaus: 27. Ma-
schines Ballett. 28. Zerkano, Parleto. 29. Caparella russiana, Ballet.
20. (Zweiter Abtheilung) Rosenkavalier. 1.-3. Die Straßentänze. — Scha-
spielhaus: 27. Rongrinia. 28. u. 29. Das Bild im Spiegel. 30. Vier Opn.
— Großes Schauspielhaus: 26. 27. 28. 1.-3. Die Geier. 28. u. 29. Ein Sommer-
nachmittag. — Deutsches Theater: Töfel und Verführer. — Kommerzien-
Opernplätz: Zwei glückliche Tage. — Reform-Theater: Die Fälscher des Ringes. — Theater
in der Königsberger Straße: Mit dem Feuer spielen. Solans Rast. — Deut-
sche Opernhaus: 26. Der Trombauer. 27. Götterdämmerung. 28. Der Frei-
schlag. 29. Tosca. 30. u. 1. Die Weistätter von Nürnberg. 1. Lohengrin.
2. Margarete. — Schiller-Theater: 26. u. 29. Al-Feldberg. 27. u. 28. Der
Kauf der Coblenzinnen. 25. 1. Kleine Frau — das Gräfin.

Köln. Die Kithara: Pankraz. — Deutsches Künstler-Theater: Das Geheimnis. — Wandervogel: Der blaue Engel. — Berliner Theater: Das Willkür-Compte. — Kleines Schauspielhaus: Helgen. — Kleines Theater: Das Wunderbare Geheiß. — Reform-Theater: Ad Danti. — Central-Theater: Platan. — Theater in der Kommandantenstraße: Die gelbe Freiheit. — Friedrich-Wilhelms-Theater: Die Kiste in der Kiste. — Königl. Oper-Alt-Schauberg. — Schillerhaus: Die Kiste in der Kiste. — Thalia-Theater: Der Kampf um die Venus. — Neues Operetten-Theater: American Girl. — Thalia-Theater: Der Kampf um die Venus. — Theater am Kolonnenplatz: Der Vater aus Augsburg. — Theater des Westens: Wogen wieder kühn! — Kleines Theater: Nur ein Traum. — Gasker-Theater: Der Schreyer. — Wallfisch-Theater: Die Schützengasse. — Volk-Theater: Wo die Schatzen liegen. — Bühnen-Theater: 26. — 30. Berlin, mit es meint und lacht. Th. 1. Tagung der Berliner. — Neue Volks-Theater: Die Schatzkiste. — Gales Capitol: Schatzkammer. — Rinde engros. — Schützengasse-Theater: 26. — 28. 30. 1. u. 2. Der Kunst der Schützengassen. 29. u. 2. Der Rangierbahnhof.

Abendmattengestaltungen. Volkstheater: 23. Die lange Tule.
24. Die Riebreumerei. — **Schauspielhaus:** 25. Stroch. Jilgze. — **Solling-Theater:**
22. u. 3. Ein idealer Gott. — **Lehrtheater Opernhaus:** 26. Hoffmanns Erzählungen.
27. Strobel. 28. Martha. — **Lehrtheater Theaterhaus:** 29. Die Schenke. 30. Die
31. Die Kette. — **Theater:** 32. Rollenbesprechung. 33. u. 3. Wenn Liebe erweist.
34. 35. u. 2. Die fähige Galsche. Das Festspielchen Winterm. 36. — **Theater**
des Weßens: 37. u. 3. Die Hühnerhensche. — **Kleines Theater:** 38. u. 3.
War ein Traum. — **Wald-Theater (Gartenbühne):** Was junge Mädchen träumen.
— **Solling-Theater:** 39. Hoffmann. — **Neues Volkstheater:** 40. Jugendfreund.

Vom allrussischen Gewerkschaftskongreß.

Die offiziellen Nachrichtenagenturen der Sowjetregierung und die kommunistische Presse hat über den Verlauf des kürzlich abgehaltenen Allrussischen Gewerkschaftskongresses die üblichen verlogenen Berichte gebracht, die den Anschein erwecken, als ob die russische Gewerkschaftsbewegung in vollster Blüte stehe und einheitlich und geschlossen der kommunistischen Führung folge. Was hinter den Kulissen des Gewerkschaftskongresses vor sich ging, wurde von der kommunistischen Berichterstattung sorgfältig verschwiegen. Darüber gibt ein Bericht des Moskauer Korrespondenten des „Sozialistischen Boten“, des Berliner Organs der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, in sehr interessanter Weise Auskunft. Es heißt in diesem Bericht:

Am 1. d. d. ersten Sitzung der holländischen Fraktion des Gewerkschaftskongresses (die vor der offiziellen Eröffnung des Kongresses stattfand) wurde der Bericht des russischen Zentralkomitees der Gewerkschaften entgegengenommen; der Vertreter des letzteren, Tomilz, schlug sich reuevoll an die Brust, erklärte, daß der Zentralrat überflüssig und untätig gewesen sei, und bewirkte zu seiner Rechtfertigung, daß das kommunistische Zentralkomitee dem Zentralrat nicht die Möglichkeit gegeben habe, zu arbeiten, indem es ihn durch seine Befehle unterdrückte. D. Njasanoff (der bekannte Marxforscher und Gewerkschaftsführer) bestätigte diese Tatsachen und griff den Zentralrat der F. u. A. -isten an, weil er nicht den Mut gehabt habe, gegen das kommunistische Zentralkomitee zu kämpfen. Njasanoff sprach mit großer Leidenschaft und bewirkte, daß eine ungeheure Mehrheit eine Resolution annahm, in der die Unabhängigkeit der Gewerkschaften gefordert und festgestellt wurde, daß das kommunistische Zentralkomitee den Zentralrat der Gewerkschaften an seiner Arbeit behindert habe.

Am folgenden Tage konnte der Gewerkschaftskongress nicht eröffnet werden, weil das Zentralkomitee den ganzen Tag über die geschaffene Lage beriet. Am Abend wurde der Kongress eröffnet, aber das Präsidium wurde nicht gewählt und die Arbeit nicht begonnen, sondern die Verhandlungen auf den folgenden Tag verschoben. Am folgenden Tage jedoch trat die kommunistische Fraktion wieder zusammen, der das Zentralkomitee folgenden Ultimatum unterbreitete: 1. Die Resolution Njasanoff wird zurückgezogen; 2. es wird eine Resolution angenommen, die das kommunistische Zentralkomitee verurteilt hat; 3. Njasanoff und Tomski werden vom Kongress entfernt, von der Gewerkschaftsarbeit ausgeschlossen und vor ein Parteigericht gestellt.

Die Fraktion geriet in Empörung. Lenin „selbst“ erschien, hielt dreimal eine Schimpfsprache. Die Atmosphäre wurde immer heißer; es regnete nur Komplimente wie Dummkopf, Idiot, Schuft usw. Die Fraktion ergab sich nicht. Lenin entfernte sich.

Am Abend eröffnete der Konnex erneut seine Sitzung ohne Präsidium. Es wurden einige Begrüßungsreden entgegengenommen. Die Kommunistische Fraktion beschloß, eine Delegation zu Lenin zu senden mit der Bitte, daß das Zentralkomitee seinen Beschluß hinsichtlich Nizianoff und Tomilk einer Revision unterziehe. Lenin empfing die Delegation und versprach „zum letzten mal“, den Beschluß zu revidieren. Das Kommunistische Zentralkomitee trat zusammen, beschloß aber ... an seinem Beschluß festzuhalten.

Darauf ergab sich die kommunistische Fraktion, abgeordnete

Affirmation des Kommunistischen Zentralkomitees,
beschloß aber zugleich — an den nächsten Parteikon-
gress zu appellieren!

Temist und Majanoff wurden von der Teilnahme am Kongress ausgeschlossen; das Kommunistische Zentralkomitee hielt seine Begrüßungsrede, das Präsidium wurde gewählt, und alles ging wie geschnitten. Der Kongress stimmte ab und nahm die vom Kommunistischen Zentralkomitee vorbereiteten Resolutionen an!

Wer die Dinge in Augland einmorgeln verliert, wird sich über diese Vorgänge nicht wundern. Sie vervollständigen nur das Bild, das sich aus den Klagen der russischen Gewerkschaften und Genossenschaften längst ergeben hat. „Die kommunistische Presse“ — bemerkt die „Freiheit“ sehr richtig — „wird natürlich mit gewohnter Eilestirnigkeit die hier mitgetheilten Tatsachen zu leugnen versuchen. Wir bemerken demgegenüber, daß der vorstehende Bericht aus einer Quelle stammt, deren vollkommene Zuverlässigkeit so sehr außer jedem Zweifel steht, daß jeder Mosauer Bericht im „Sozialistischen Boten“ in den Kreisen der Sowjetbureauftritte eine wahre Panik hervorruft. Alles Beugnen wie die Tatsache nicht zu verwechseln vermögen, daß nicht nur die westeuropäische Arbeiterschaft in steigendem Maße den wahren Charakter der „Botensinschen Dörfer“ der russischen Kommunisten erkennt, sondern daß auch in den Reihen des russischen Proletariats, ja der russischen Kommunisten selbst, jene gesunde Opposition im Wachsen begriffen ist, die allein imstande ist, mit dem bolschewistischen System aufzuräumen und die russische Revolution aus ihrer Sackgasse herauszuführen.“

In Rußland kann man keine Gewerkschaften gebrauchen, die im Interesse ihrer Mitgliedsbedürfnisse erheben. Das verfiel gegen die bolschewistische Staatsraison, soweit Sowjetrußland Unternehmer ist, oder aber gegen die Verträge mit den ausländischen kapitalistischen Unternehmern. Die Gewerkschaften werden in Rußland nur insoweit und solange geduldet, als sie sich zur Bechwichtigung der Arbeitermassen erheben und die ihnen aufgelegten hochtrabenden Resolutionen schließen, die für das Ausland verstoßt werden, zur Agitation für die "Weltrevolution". Sobald sie aber den Machtgebern unbequem werden, sind sie erledigt. Solange es ihnen, sich frei zu entfalten, so bedeutete dies den Zusammenbruch der ganzen mühsam aufrechterhaltenen Gewalt Herrschaft, der Diktator über das Proletariat.

Eine maßgebende Entscheidung für sämtliche Angestellte beim Reiche und der Länder fällt in ihrer Sitzung am 16. Juni die erste Spruchkammer des Zentralschlichtungsausschusses beim Reichsarbeitsministerium. Es stand ein Fall zur Verhandlung, der vom brillanten Schlichtungsausschuh Königsberg an den Zentralschlichtungsausschuh überwiesen worden war. Mehrere Angestellte einer Reichsstelle in Königsberg hatten aus besonderem Anlaß im Verlaufe von drei Monaten Ueberstunden zu leisten. Da nun der für Angestellte beim Reiche und der Länder gültige Tarifvertrag in seinem § 2, Absatz 3, ausdrücklich sagt, daß in besonders dringenden Fällen Ueberstunden ohne jede Entschädigung zu leisten seien, lehnte die maßgebende Stelle es ab, die geleistete Ueberarbeit zu bezahlen. Die erste Spruchkammer des Zentralschlichtungsausschusses unter Vorsitz des Oberregierungsrats Cäsar erkannte an, das fortlaufend geleistete Ueberarbeit grundsätzlich auch zu bezahlen sei. Das Urteil lautete daher gehend, daß Ueberstunden im Höchstmaß von 24 Stunden innerhalb zweier Arbeitswochen gemäß dem Tarifvertrag ohne Entschädigung zu leisten seien. Sofern die Ueberstunden jedoch laufend über die oben angegebene Zeit hinaus verlangt werden, müssen diese rückwirkend mit dem Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft plus 25 Proz. Aufschlag honoriert werden. Dieser Spruch wurde einstimmig unter besonderer Zustimmung eines Vertreters des Reichspräsidenten angenommen. — Nebenbei bemerkt: Mit der süßen Ueberstundenwirtschaft mühte endlich Schluß gemacht werden. Es geht nicht an, daß ein Teil der Angestellten kämbig mit Ueber-

Alle Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke
werden geliefert.